

## **Rede von Bürgermeister Martin Kindl während der Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums am 14. Dezember 2023 zur Begründung des Antrags zur Erhöhung der Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer**

„Herr Bürgervorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete,

Im Jahr 2019 wurden die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer zuletzt erhöht. Danach waren keine Erhöhungen erforderlich, weil unterfinanzierte Haushalte aus zeitweise sehr hohen Gewerbesteuereinnahmen einiger Jahre bezahlt werden konnten. Es war klar und wurde in Zusammenhang mit jeder Haushaltsberatung öffentlich thematisiert, dass das strukturelle Defizit von Jahr zu Jahr anwächst und zu dem Zeitpunkt, zu dem die Liquidität aufgebraucht ist, sichtbare Steuererhöhungen erforderlich sein werden. Dieser Zeitpunkt ist nächstes Jahr gekommen.

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 40 Prozentpunkte ist ein nicht gewöhnlicher Vorgang. Mit einem Mal eine so hohe Hebesatzerhöhung vorzunehmen, hätte auch vermieden werden können, wenn seit 2019 in kleineren Schritten die Hebesätze angepasst worden wären. Wie dargestellt, war dies wegen der vorhandenen Liquidität nicht gewünscht und zur Erreichung von Haushaltsgenehmigungen auch nicht erforderlich.

Der ursprüngliche Haushaltsentwurf war auch ohne Hebesatzerhöhungen genehmigungsfähig. Ohne die beantragte Hebesatzerhöhung müsste die Erhöhung im nächsten Jahr allerdings noch viel höher ausfallen. Deshalb finde ich es richtig, dass wir in diesem Jahr einen großen Schritt nachholen, anstatt im nächsten Jahr einen gewaltigen Schritt gehen zu müssen.

Die Hebesatzerhöhung ist erforderlich, weil die Einnahmen nicht mehr ausreichen, um die laufende Verwaltungstätigkeit vollständig zu bezahlen. Dadurch sind auch keine Überschüsse vorhanden, um die planmäßige Tilgung der bestehenden Investitionskredite zu bezahlen. Dies würde im Ergebnis dazu führen, dass die vorhandenen Investitionskredite durch die vermeintliche Tilgung lediglich in einen Dispositionskredit umgebucht werden. Eine solche Haushaltsstruktur hätte keine Chance auf Genehmigung.

Auch mit den Hebesatzerhöhungen entstehen keine Überschüsse, mit denen Investitionen bezahlt werden können. Diese müssen vollständig kreditfinanziert werden. Dadurch wächst die Schuldenlast planerisch von heute 14,5 Millionen Euro auf 77,4 Millionen Euro in 2027 an. Mit den Hebesatzerhöhungen wird ein erster Schritt gemacht, um Zinsen und Tilgung zukünftiger Kreditaufnahmen bezahlen zu können. Dies ist die Grundvoraussetzung, um zukünftig Haushaltsgenehmigungen zu erhalten und die sind wiederum die Voraussetzung, dass ein neues Hallenbad oder ein Badesteg am Dockkoog gebaut werden können.

Die Erhöhung der Grundsteuer wird alle Husumer treffen. Die monatliche Mehrbelastung wird jedoch für die meisten kaum spürbar sein. Dagegen werden Gewerbetreibende die Erhöhung der Gewerbesteuer um 40 Prozentpunkte deutlicher spüren. Das ist mir, das ist uns durchaus bewusst. Ich will in diesem Zusammenhang aber daran erinnern, dass mit den zusätzlichen Steuereinnahmen städtische Aufgaben finanziert werden, von denen auch die Wirtschaft profitiert. Beispielsweise von den vorbildlichen Angeboten der Kinderbetreuung profitieren Gewerbetreibende nicht nur als Privatperson oder der finanzielle Beitrag aus dem städtischen Haushalt zum Stadtmarketing oder der erhöhte Zuschuss für die Tourismuswerbung an die TSMH locken Besucher von außerhalb in die Stadt, die durch ihre Umsätze Einnahmen in den Betrieben generieren. Steuererhöhungen werden nicht im Rathauskeller gebunkert, sondern in die Attraktivität und in die Zukunft Husums investiert, wovon Gewerbetreibende und alle Husumerinnen und Husumer profitieren.

Für die Kritik aus der Wirtschaft habe ich Verständnis. Wer mag schon höhere Abgaben entrichten! Wenngleich ich einige Argumente zugegebenermaßen nicht ganz verstanden habe.

Ich verstehe, dass sich in den heutigen Zeiten auch Unternehmen Gedanken und Sorgen um die Zukunft machen. Dass es der Wirtschaft in Husum insgesamt schlecht geht, bestätigen unsere Zahlen hingegen nicht.

Wir haben letztes Jahr aufgrund der damaligen Steuermessbeträge 17,4 Millionen Euro an Gewerbesteuervorauszahlungen erhoben. Aufgrund der aktuellen Messbeträge hätten wir bei dem bisherigen Steuersatz Vorauszahlungen für nächstes Jahr in Höhe von 19,2 Millionen Euro erhoben. Das heißt, dass die Messbeträge dieses Jahr über 10 Prozent höher sind als im Jahr davor. Hinzu kommt, dass die Abrechnung am Jahresende in den letzten Jahren regelmäßig und deutlich über der Summe der Vorauszahlungen gelegen hat. Zumindest auf Grundlage dieser Zahlen kann ich nur schließen, dass sicherlich einige Betriebe Sorgen haben, insgesamt die Entwicklung aber positiv ist.

Zudem weise ich darauf hin, dass die Gewerbesteuer auf den Gewinn erhoben wird. Unternehmen mit schwieriger Ertragslage sind nicht nur nicht von der Gewerbesteuererhöhung betroffen, sondern von der Gewerbesteuer als solche nicht. Das zweite Argument war, den Haushalt auf der Ausgabeseite zu konsolidieren. Diese Möglichkeit diskutieren wir jedes Jahr wieder neu. Sichtbare Einsparungen auf der Ausgabeseite sind nur bei den freiwilligen Leistungen zu realisieren und zwar konkret bei den Kindergärten, Schulen und sozialen Einrichtungen. In dieser Frage ist sich das Ehrenamt einig – und das unterstütze ich ausdrücklich – dass diese Variante nicht in Frage kommt.

Ich will an dieser Stelle die Kritiker aus der Wirtschaft aber ausdrücklich ermuntern und aufrufen, konkrete und tatsächlich umsetzbare Vorschläge zu unterbreiten, welche Ausgaben zukünftig eingespart werden sollen. Wenn es dahingehend konstruktive Ideen gibt, bin ich jederzeit bereit, Vorschläge prüfen zu lassen.

Nach den Signalen, die ich erhalten habe, wird die Vorlage heute eine Mehrheit finden. Ich bedanke mich bei den Mitgliedern des Stadtverordnetenkollegiums, dass sie für Husum Verantwortung übernehmen, diese unpopuläre Maßnahme mitzutragen und bitte um Zustimmung zur Vorlage.“